

Kues-Newsletter (142)

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde der CDU,



wer in Bezug auf HartzIV nur darüber diskutiert, wie weit man die Regelsätze erhöhen soll, führt eine populistische Scheindiskussion, die am Kern des Ganzen vorbei geht. Es ist für

mich ein falsches Verständnis von Staat, wenn es immer nur darum geht, blind Transferleistungen zu erhöhen. Wir müssen uns fragen, was wir mit HartzIV erreichen wollen.

HartzIV ist als **Grundsicherung** gedacht. Als soziales Netz, das die Menschen im Fall der Fälle auffängt. Wie viel **Geld** dafür nötig ist, muss **sachlich berechnet** werden. Das hat das Verfassungsgericht gefordert und das ist jetzt geschehen.

Wenn wir zusätzliches **Geld in die Hand nehmen**, muss dies **gezielt** geschehen. Mit dem geplanten 620 Millionen Euro **Bildungspaket** für die Kinder von HartzIV- Empfängern setzen wir an einer **Schlüsselstelle** an. 120 Euro jährlich für die Mitgliedschaft in einem Sportverein oder Musikunterricht. Ein 100 Euro Schulbasispaket und Zuschüsse zum Schulessen und Klassenfahrten. Diese Hilfe kommt direkt an und ermöglicht den Kindern eine **faire Chance auf Teilhabe an der Gesellschaft**, unabhängig vom sozialen Stand ihres Elternhauses.

HartzIV ist eine **Übergangslösung** und **kein Lebensmodell**. Ziel muss sein, möglichst schnell wieder **auf eigenen Füßen zu stehen**. Sprich **Arbeit** zu finden. Hier die Chancen für jeden Einzelnen zu verbessern, ist wichtiger als fünf Euro mehr oder weniger.

Wir müssen aufpassen, dass wir **nicht diejenigen vergessen, die für kleine und mittlere Einkommen jeden Tag zur Arbeit gehen**. Diese Familien können sich auch nicht alles leisten, was sie gerne wollen. Auch sie müssen Schwerpunkte setzen.

Ein **HartzIV- Satz**, der einen **gehobenen Lebensstandard** ermöglicht, ist nicht nur **utopisch**, weil er nicht von der Allgemeinheit zu **finanzieren** wäre. Er würde jeden **Anreiz nehmen, arbeiten zu gehen**. Sowohl den Empfängern, als auch denjenigen, die mit ihren Einkommen nur knapp über den HartzIV Sätzen liegen.

Und das ist weder in ihrem Interesse noch im Interesse der Allgemeinheit.

Ihr

